

FRIEDERIKE NEUNHOEFFER

Das Presseprivileg im Datenschutzrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht*

146

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

146

Herausgegeben vom

**Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht**

Direktoren:

Jürgen Basedow, Klaus J. Hopt und Reinhard Zimmermann



Friederike Neunhoeffler

Das Presseprivileg im Datenschutzrecht

Eine rechtsvergleichende Betrachtung
des deutschen und des englischen Rechts

Mohr Siebeck

Friederike Neunhoeffer, geboren 1973; Studium in Konstanz und München; 1998–2000 Referendariat in München; 2004 Promotion; seit 2003 Rechtsanwältin in Frankfurt am Main.

978-3-16-158505-0 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-148682-X

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2005 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Held in Rottenburg gebunden.

Vorwort

Die Juristische Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität München hat diese Arbeit im Sommersemester 2004 als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde im September 2003 abgeschlossen; bis dahin sind Literatur und Rechtsprechung berücksichtigt. Das nach Fertigstellung der Arbeit ergangene „Caroline“-Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte (Caroline von Hannover / Bundesrepublik Deutschland, Urteil vom 24. Juni 2004) sowie das „Naomi-Campbell“-Urteil des House of Lords (Campbell v MGN Limited, Urteil vom 6. Mai 2004) habe ich nachträglich eingearbeitet.

Die Arbeit entstand im Rahmen des Graduiertenkollegs „Europäischer Persönlichkeitsrechtsschutz“ an der Ludwig-Maximilians-Universität München und wurde dankenswerterweise durch großzügige Stipendien der Deutschen Forschungsgemeinschaft sowie des Hochschul- und Wissenschaftsprogramms zur Förderung der Chancengleichheit für Frauen in Forschung und Lehre der Ludwig-Maximilians-Universität München gefördert.

Danken möchte ich vor allem meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Andreas Heldrich, für wertvolle Anregungen, ermutigenden Zuspruch, Unterstützung durch Rat und Tat sowie für die Erstellung des Erstgutachtens. Frau Professor Dr. Dagmar Coester-Waltjen danke ich für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens. Sie beide sowie die anderen Professoren des Graduiertenkollegs haben uns Doktoranden weiterführende Vorträge angeboten und optimale Arbeitsbedingungen ermöglicht. Für mich besonders hilfreich war auch der stets offene und freundschaftliche Gedankenaustausch mit meinen Mitkollegiaten, der mir wichtige Denkanstöße gab. Mein Vater hat das Manuskript kritisch durchgesehen und mir dadurch sehr geholfen. Ihnen allen danke ich sehr.

Mein herzlichster Dank gilt meinen Eltern, die mich stets großzügig unterstützt und gefördert haben. Ihnen widme ich diese Arbeit.

Frankfurt am Main, im März 2005

Friederike Neunhoeffler

Inhaltsübersicht

Erstes Kapitel: Einleitung, tatsächliche Grundlagen und datenschutzrechtliches Gefährdungspotential der journalistischen Arbeit	
Teil 1	Einleitung und Darlegung des Gegenstands der Arbeit 1
Teil 2	Tatsächliche Grundlagen: Kurzer Überblick über die journalistische Arbeit, insbesondere die technischen Möglichkeiten der Archivierung und des Abrufs von Informationen 8
Teil 3	Schutzfunktionen des Datenschutzes und Gefährdungspotential von Pressedatenbanken 28
Zweites Kapitel: Entwicklung des Datenschutzes auf internationaler Ebene, das Medienprivileg in der EG-Datenschutz-Richtlinie	
Teil 1	OECD-Leitlinien und Europarats-Konvention zum Datenschutz 46
Teil 2	EG-Datenschutz-Richtlinie 48
Teil 3	Andere Richtlinien 55
Teil 4	Charta der Grundrechte der Europäischen Union 57
Drittes Kapitel: Deutsches Recht	
Teil 1	Verfassungsrechtliches Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Pressefreiheit im deutschen Recht 61
Teil 2	Einfachgesetzliche Rechtslage in Deutschland bezüglich des Daten- und des Persönlichkeitsschutzes im Presserecht 126
Viertes Kapitel: Englisches Recht	
Teil 1	Verfassungsrechtlicher Hintergrund im Vereinigten Königreich, Gewährleistung von Datenschutz und von Pressefreiheit, Abwägung bzw. Ausgleich zwischen diesen beiden Rechtsgütern 245
Teil 2	Einfachgesetzliche Rechtslage in England, sec. 32 des Data Protection Act 1998. 303
Fünftes Kapitel: Bewertung, Verbesserungsvorschläge, Rechtsvergleichung	
Teil 1	Vereinbarkeit der nationalen Regelungen mit den Vorgaben der EG-Datenschutz-Richtlinie sowie mit dem jeweiligen nationalen Verfassungsrecht.. 395
Teil 2	Rechtsvergleichende Bewertung von § 41 BDSG und sec. 32 DPA 413
Teil 3	Verbesserungsvorschläge 439
Literaturverzeichnis 476	
Register 492	

Inhaltsverzeichnis

Erstes Kapitel: Einleitung, tatsächliche Grundlagen und datenschutzrechtliches Gefährdungspotential der journalistischen Arbeit

Teil 1	Einleitung und Darlegung des Gegenstands der Arbeit.....	1
A.	Einleitung.....	1
B.	Gesetzeslage in Deutschland und England nach Umsetzung der EG-Datenschutz-Richtlinie	3
C.	Eingrenzung des Gegenstands der Arbeit	7
Teil 2	Tatsächliche Grundlagen: Kurzer Überblick über die journalistische Arbeit, insbesondere die technischen Möglichkeiten der Archivierung und des Abrufs von Informationen	8
A.	Journalistische Arbeit als Datenverarbeitung.....	8
B.	Pressearchive.....	9
I.	Die verschiedenen Arten von Pressearchiven	12
1.	Konventionelle Pressearchive mit Präkoordination	12
2.	Pressearchive mit elektronischer Datenbank	13
3.	Pressearchive mit Volltext-Recherche	15
II.	Nutzung der Pressearchive	18
1.	Nutzung durch eigene Redakteure.....	18
2.	Datenübermittlung an andere Medienunternehmen	19
3.	Datenübermittlung an medienfremde Dritte.....	20
C.	Nachrichtenagenturen und deren Selektionsdienste	24
D.	Kommerzielle Nachrichtendatenbanken	25
Teil 3	Schutzfunktionen des Datenschutzes und Gefährdungspotential von Pressedatenbanken.....	28
A.	Schutzfunktionen des Datenschutzes.....	28
I.	Das „Recht auf Vergessen“ als Voraussetzung für die Handlungs- und Entscheidungsfreiheit	29
II.	Schutz der Privatsphäre	33
III.	Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten.....	35
IV.	Präventiver Persönlichkeitsschutz.....	35
B.	Datenschutzrechtliche Gefahren der journalistischen Arbeit	36
C.	Gefährdungspotential von Pressedatenbanken	37
I.	Möglichkeit der Erstellung von Persönlichkeitsprofilen mit Hilfe von Pressedatenbanken.....	38
1.	Personalisierung der Nachrichten in den Printmedien	38
2.	Durch die verschiedenen Archivierungstechniken entstehende datenschutzrechtliche Gefahren	39
3.	Durch die Erstellung von Persönlichkeitsprofilen verursachte Gefahren.....	41
II.	Vollständigkeit und Richtigkeit der gesammelten Daten.....	42

Zweites Kapitel: Entwicklung des Datenschutzes auf internationaler Ebene, das Medienprivileg in der EG-Datenschutz-Richtlinie

Teil 1	OECD-Leitlinien und Europarats-Konvention zum Datenschutz.....	46
Teil 2	EG-Datenschutz-Richtlinie	48
	A. Allgemeines	48
	B. Art. 9 der Richtlinie	49
	I. Entstehung, Allgemeines	49
	II. Gruppe für den Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten	52
Teil 3	Andere Richtlinien	55
Teil 4	Charta der Grundrechte der Europäischen Union	57

Drittes Kapitel: Deutsches Recht

Teil 1	Verfassungsrechtliches Spannungsverhältnis zwischen Datenschutz und Pressefreiheit im deutschen Recht	61
	A. Datenschutz als Verfassungsrecht.....	61
	I. Verfassungsrechtliche Verankerung	61
	II. Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Grundlage für das Recht auf informationelle Selbstbestimmung	62
	1. Entwicklung und dogmatische Herleitung des allgemeinen Persönlichkeitsrecht im Zivil- und im Verfassungsrecht.....	63
	a) Zivilrechtliche Entwicklung.....	63
	b) Entwicklung im Verfassungsrecht	65
	c) Verhältnis zwischen zivil- und verfassungsrechtlichem Persönlichkeitsrecht	67
	2. Der Schutzbereich des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	68
	a) Die Sphärentheorie.....	68
	(1) Entwicklung in der Literatur	68
	(2) Entwicklung in der Rechtsprechung.....	70
	(3) Kritik	72
	b) Die Rollentheorie.....	77
	c) Die Theorie der autonomen Selbstdarstellung und die Kommunikationstheorie.....	78
	d) Ergebnis.....	80
	3. Herleitung des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.....	81
	a) Der Schutz der Selbstbestimmung des Einzelnen	81
	b) Die Entwicklung der informationellen Selbstbestimmung....	83
	c) Kritik an der Herleitung des informationellen Selbstbestimmungsrechts aus dem allgemeinen Persönlichkeitsrecht	88

III.	Privatsphären-, Selbstbestimmungs- und Datenschutz als Teil von Spezialgrundrechten.....	90
1.	Das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis.....	91
2.	Die Unverletzlichkeit der Wohnung.....	92
3.	Die Kommunikationsgrundrechte.....	93
4.	Die Glaubens- und Bekenntnisfreiheit.....	95
5.	Zusammenfassung, Schlussfolgerungen für die journalistische Datenverarbeitung.....	96
IV.	Schranken des Rechts auf informationelle Selbstbestimmung.....	97
V.	Wirkung dieses Grundrechts gegenüber der Presse.....	100
B.	Die Gewährleistung der Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit im Grundgesetz.....	104
I.	Definition und Schutzbereich von Art. 5 Abs. 1 GG.....	105
1.	Die Freiheit der Meinungsäußerung.....	105
2.	Die Informationsfreiheit.....	108
3.	Die Pressefreiheit.....	109
a)	Schutzbereich.....	109
b)	Die „öffentliche Aufgabe“ der Presse.....	114
II.	Schranken.....	116
III.	Wirkung der Meinungsäußerungs- und Pressefreiheit gegenüber dem einzelnen Bürger.....	120
C.	Das Prinzip der praktischen Konkordanz zur Lösung des Spannungsverhältnisses zwischen den kollidierenden Grundrechten.....	121
Teil 2	Einfachgesetzliche Rechtslage in Deutschland bezüglich des Daten- und des Persönlichkeitsschutzes im Presserecht.....	126
A.	Entwicklung der Datenschutzgesetzgebung, Gesetzgebungskompetenzen für den Bereich der Presse.....	126
I.	Entwicklung der Datenschutzgesetzgebung in Deutschland, Überblick über den Regelungsbereich des BDSG.....	126
II.	Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Datenschutzes und der Presse.....	127
B.	Grundsätzliche Anwendbarkeit des Bundesdatenschutzgesetzes auf die journalistische Arbeit und auf Pressearchive.....	131
C.	Das Medienprivileg in § 41 BDSG 2001.....	136
I.	Änderung in der gesetzlichen Formulierung im BDSG 1977, 1990, 2001, Umsetzung der EG-Datenschutzrichtlinie.....	136
II.	Reichweite des Medienprivilegs.....	140
1.	Unternehmen oder Hilfsunternehmen der Presse.....	141
a)	Werks-, Kunden-, Partei-, Verbands- oder Vereinszeitungen.....	142
b)	Adressen-, Telefon-, Branchen- und ähnliche Verzeichnisse.....	144
2.	journalistisch-redaktionelle oder literarische Zwecke.....	145
a)	Anzeigen-, Vertriebs- und Personalbereich der Zeitung, Anzeigenblätter.....	146

	(1) Anzeigen-, Vertriebs- und Personalbereich von Presseunternehmen.....	146
	(2) Anzeigen- und Offertenblätter.....	149
	b) Leserservice und kommerzielle Nutzung des Archivs.....	151
	3. ausschließlich eigene Zwecke.....	157
	a) Nachrichtenagenturen.....	157
	b) Übermittlung von Daten an andere Medienunternehmen zu journalistischen Zwecken.....	158
III.	Schutzpflichten, die auch nach dem Medienprivileg verbleiben.....	159
	1. Datengeheimnis, § 5 BDSG.....	160
	2. Technische und organisatorische Maßnahmen, § 9 BDSG.....	161
	3. Verhaltensregeln von Berufsverbänden, § 38a BDSG.....	162
IV.	Sonderregelungen für die Neuen Medien.....	163
V.	Haftung nach § 7 BDSG.....	165
VI.	Datenschutzkontrolle in den Redaktionen.....	168
VII.	Zwischenergebnis zu dem durch das Datenschutzrecht erreichten Persönlichkeitsschutz.....	171
D.	Zivil- und strafrechtliche Schutzvorschriften.....	172
I.	Unterlassungsanspruch analog § 1004 Abs. 1 S. 2 BGB.....	176
	1. Voraussetzungen.....	176
	2. Inhalt.....	178
II.	Berichtigung, Widerruf und Richtigstellung.....	180
	1. Voraussetzungen.....	181
	2. Inhalt.....	182
	3. Anwendung im Datenschutzrecht, Vergleich mit § 35 BDSG.....	184
III.	Gegendarstellungsanspruch.....	186
	1. Gesetzliche Regelung; Voraussetzungen.....	187
	2. Inhalt, Bedeutung.....	189
	3. Vergleich mit dem datenschutzrechtlichen Berichtigungsanspruch	190
IV.	Besondere Persönlichkeitsrechte.....	191
	1. Schutz der Ehre.....	192
	a) Das Recht der persönlichen Ehre als Ausprägung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	193
	b) Straf- und deliktsrechtlicher Ehrenschatz.....	194
	2. Schutz des Namens.....	196
	3. Schutz des Rechts am eigenen Bild.....	197
V.	Schadensersatzanspruch aus § 823 I BGB wegen Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	201
	1. Anwendungsbereich im Datenschutzrecht.....	201
	2. Geldersatz für materielle Schäden.....	203
	a) Voraussetzungen.....	203
	b) Rechtsfolgen.....	207
	3. Geldentschädigung für immaterielle Schäden bei schweren Verletzungen des Persönlichkeitsrechts.....	210
	a) Grundlage.....	210
	b) Voraussetzungen.....	211
	c) Höhe der Entschädigung.....	212
	4. Vergleich mit dem Schadensersatzanspruch aus § 7 BDSG.....	215
VI.	Schadensersatz aus §§ 823 Abs. 2, 824, 826 BGB.....	216

1. § 823 Abs. 2 BGB.....	216
2. § 824 BGB	218
3. § 826 BGB	218
VII. Ungerechtfertigte Bereicherung.....	221
1. Voraussetzungen.....	222
2. Inhalt des Anspruchs.....	224
VIII. Angemäßte Eigengeschäftsführung, §§ 687 Abs. 2 S. 1, 681 S. 2, 667 BGB.....	227
IX. Auskunftsanspruch.....	227
X. Einstweiliger Rechtsschutz.....	230
XI. Strafrechtliche Vorschriften: §§ 185 ff, 201 ff. StGB	232
XII. Wahrnehmung berechtigter Interessen	233
XIII. Selbstkontrolle durch den Deutschen Presserat.....	235
1. Entstehung und Geschichte des Deutschen Presserates, Zusammensetzung	235
2. Aufgaben, Kodex.....	237
3. Durchsetzung dieser Grundsätze.....	238
4. Bewertung.....	239
XIV. Zusammenfassung.....	242

Viertes Kapitel: Englischsches Recht

Teil 1 Verfassungsrechtlicher Hintergrund im Vereinigten Königreich, Gewährleistung von Datenschutz und von Pressefreiheit, Abwägung bzw. Ausgleich zwischen diesen beiden Rechtsgütern..	245
A. Konstitutionelle Rahmenbedingungen.....	246
I. Die Tradition einer ungeschriebenen Verfassung	246
II. Der Human Rights Act.....	247
III. Sonstige Rechtsquellen des britischen Verfassungsrechts, Gerichtsbarkeit.....	250
IV. Common law und equity law	251
V. Unterschiede zwischen britischem und englischem Recht.....	253
VI. Die bürgerlichen Freiheiten	254
B. Der rechtliche Schutz der Persönlichkeit.....	255
I. Situation vor Inkrafttreten des Human Rights Act.....	256
1. Allgemeiner Persönlichkeitsschutz	256
a) Wichtige Entscheidungen.....	258
b) Warren und Brandeis: Ein Vergleich mit dem US- amerikanischen Recht.....	258
c) Reformvorschläge zum Schutze der Privatsphäre.....	260
2. Teilgewährleistungen von Privatheit im englischen Recht, insbesondere das law of defamation und breach of confidence	262
II. Entwicklung seit Inkrafttreten des Human Rights Act	266
1. Gesetzeswortlaut und Auslegung.....	266
a) Art. 8 EMRK	266
b) Horizontale Wirkung der Konventionsrechte – Verpflichtung zur Schaffung persönlichkeitschützender Tatbestände?.....	268
c) Schranken des right to privacy	271

2. Rechtsprechung.....	272
a) Die Urteile Douglas v Hello!	272
b) Das Urteil Venables and Thompson v News Group Ltd.....	275
c) Die Urteile Naomi Campbell v Mirror Group Newspapers.....	276
d) Zusammenfassung.....	280
C. Einordnung des Datenschutzes in den Persönlichkeitsschutz.....	281
D. Pressefreiheit im englischen Recht	283
I. Allgemeines; historische Entwicklung.....	283
II. Umfang.....	285
1. Art. 10 Abs. 2 EMRK.....	287
2. Schranken im Zivilrecht.....	288
3. Strafrechtliche Schranken.....	289
E. Kollision zwischen Persönlichkeitsrecht, Datenschutzrecht und Pressefreiheit.....	289
I. Rechtsprechung.....	291
1. Breach of confidence.....	291
2. Defamation.....	293
II. Selbstkontrolle	295
III. Kollision zwischen Datenschutzrecht und Pressefreiheit.....	301
Teil 2 Einfachgesetzliche Rechtslage in England, sec. 32 des Data Protection Act 1998.....	303
A. Entwicklung der Datenschutzgesetzgebung in Großbritannien	303
I. Allgemeines	303
II. Der Younger Report und der Lindop Report.....	303
III. Entstehung des Data Protection Act 1984.....	304
IV. Von der EG-Datenschutzrichtlinie zum Data Protection Act 1998 ...	307
B. Inhalt des Data Protection Act 1998, grundsätzliche Anwendbarkeit auf die journalistische Arbeit und auf Medienarchive	309
I. Allgemeines, Änderungen des DPA 1998 gegenüber dem DPA 1984.....	309
II. Relevant filing system	313
III. Grundsätzliche Anwendbarkeit des DPA 1998 auf die journalistische Arbeit, Probleme	318
1. Grundsätzliche Anwendbarkeit des DPA 1998 auf die journalistische Arbeit	319
2. Probleme	322
3. Zulässigkeit der Datenverarbeitung zu journalistischen Zwecken unabhängig von der Privilegierung in sec. 32 DPA 1998?.....	324
C. Ausnahmeregelungen für die Medien, sec. 32, 44, 45 DPA 1998	326
I. Unterschied zwischen dem DPA 1984 und dem DPA 1998	326
II. Inhalt und Auslegung der Voraussetzungen von sec. 32 DPA 1998... 1. „Purposes of journalism“, sec. 32 i.V.m. 3 DPA 1998.....	331
2. „Personal data must be processed with a view to the publication by any person of any journalistic, literary or artistic material“, sec. 32 (1 a) DPA 1998	333

3. „The data controller reasonably believes that, having regard in particular to the special importance of the public interest in freedom of expression, publication would be in the public interest“; sec. 32 (1 b) DPA 1998	335
4. „The data controller reasonably believes that, in all the circumstances, compliance with the provisions set out in subsec. (2) is incompatible with the special purposes“; sec. 32 (1 c) DPA 1998	337
III. Rechtsfolgen bei Eingreifen dieser Voraussetzungen, Verfahrensbesonderheiten, Rechte des Betroffenen	337
1. Grundsätzliche Rechtsfolge: Befreiung von einem Großteil der datenschutzrechtlichen Vorschriften	337
2. Verfahrensregeln	340
3. Besonderheiten bei Veröffentlichungen im Internet	343
4. Rechte des Betroffenen	345
IV. Haftung nach sec. 13 DPA 1998	347
1. Anwendbarkeit für die journalistische Datenverarbeitung	347
2. Voraussetzungen	348
3. Die Urteile Naomi Campbell v Mirror Group Newspapers	349
4. Die Urteile Douglas v Hello!	352
V. Sonstige Sonderregelungen	355
D. Vergleich mit dem sonstigen zivil- und strafrechtlichen Persönlichkeitsschutz	355
I. Anspruchsgrundlagen mit privatsphären- oder persönlichkeits-schützenden Aspekten	356
1. Schutz der persönlichen Ehre, law of defamation	356
a) Tatbestand, Besonderheiten	356
b) Verteidigungsmittel	358
(1) Wahrheitsbeweis (justification)	358
(2) Fair comment	359
(3) Absolute und qualified privilege	359
(4) Zustimmung (consent)	360
(5) Unbeabsichtigte Ehrverletzung (unintentional defamation) und Ausgleichsangebot (offer to make amends)	360
c) Art des Rechtsschutzes, Umfang des Schadensersatzes bei defamiation	361
(1) Regelfall: Schadensersatz	361
(2) Ausnahmsweise: Unterlassungsanspruch	363
d) Geeignetheit des Rechts der Ehrverletzungen zum Schutz der Privatsphäre und der informationellen Selbstbestimmung	364
2. Breach of confidence	365
a) Allgemeines	365
b) Voraussetzungen des Instituts breach of confidence	365
c) Auslegung des Erfordernisses eines Vertrauensverhältnisses	367
d) Art des Rechtsschutzes durch breach of confidence	369
e) Bewertung des Instituts breach of confidence zum Schutz der Privatsphäre	371
3. Breach of contract	373

4. Eindringen in die Zurückgezogenheit.....	374
a) Trespass.....	374
b) Nuisance.....	375
5. Harassment.....	377
6. Malicious falsehood.....	378
7. Abhören des Telefonverkehrs und Search and Seizure.....	379
a) Abhören des Telefonverkehrs.....	379
b) Search and Seizure.....	379
8. Passing-off-Klage.....	380
9. Conspiracy.....	381
II. Unterlassungsanordnungen im Zivilrecht.....	381
1. Recht der Ehrverletzungen und malicious falsehood.....	384
2. Breach of confidence.....	386
III. Gegendarstellung und Richtigstellung.....	389
1. Richtigstellung und Entschuldigung.....	389
2. Gegendarstellung.....	390
IV. Strafrechtlicher Ehrenschutz.....	392
V. Zusammenfassung.....	392

**Fünftes Kapitel: Bewertung,
Verbesserungsvorschläge, Rechtsvergleichung**

Teil 1 Vereinbarkeit der nationalen Regelungen mit den Vorgaben der EG-Datenschutz-Richtlinie sowie mit dem jeweiligen nationalen Verfassungsrecht.....	395
A. Vereinbarkeit von § 41 Abs. 1 BDSG mit den Vorgaben der EG-Datenschutz-Richtlinie.....	395
B. Vereinbarkeit von sec. 32 DPA 1998 mit Art. 9 der EG-Datenschutz-Richtlinie.....	402
C. Vereinbarkeit von § 41 Abs. 1 BDSG mit deutschem Verfassungsrecht.....	405
D. Vereinbarkeit von sec. 32 DPA 1998 mit englischem Verfassungsrecht.....	410
Teil 2 Rechtsvergleichende Bewertung von § 41 BDSG und sec. 32 DPA.....	413
A. Regelungskompetenz.....	413
B. Unterschiede in den Voraussetzungen des Presseprivilegs.....	413
I. „Unternehmen oder Hilfsunternehmen der Presse“ im Vergleich zu „purposes of journalism“.....	413
II. „Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten (...) ausschließlich zu eigenen journalistisch-redaktionellen (...) Zwecken“ im Vergleich zu: „Personal data which are processed only for the special purposes“.....	415
III. „The data controller reasonably believes that, having regard in particular to the special importance of the public interest in freedom of expression, publication would be in the public interest, and	

	(...) in all the circumstances, compliance with that provision is incompatible with the special purposes.“.....	416
C.	Vergleich der Rechtsfolgen bei Einschlägigkeit der Privilegierung	418
I.	Datengeheimnis	419
II.	Datensicherheit/technische und organisatorische Maßnahmen	420
III.	Datenschutzprinzipien	420
IV.	Auskunftsrecht	422
V.	Berichtigung, Sperrung, Löschung von Daten	422
VI.	Widerspruchsrecht	423
VII.	Rechte im Zusammenhang mit automatischer Datenverarbeitung	423
VIII.	Verhaltensregeln zur Durchführung datenschutzrechtlicher Regelungen	424
IX.	Schadensersatzverpflichtung	425
X.	Verfahrensregeln	426
XI.	Dauer der Privilegierung	427
	1. Datenschutzprinzipien	427
	2. Auskunftsrecht	428
	3. Widerspruchsrecht des Betroffenen, Anspruch auf Berichtigung, Sperrung und Löschung von Daten	429
	4. Schadensersatz	430
	5. Verfahrensregeln	431
D.	Vergleich des zivilrechtlichen Persönlichkeitsschutzes gegen Presseveröffentlichungen	431
I.	Verfassungsrechtlicher Einfluss	432
II.	Ungereimtheiten im englischen Recht	433
III.	Freiwillige Selbstkontrolle	434
IV.	Verhältnis zwischen monetären und nicht-monetären Rechtsbehelfen	435
V.	Präventiver Rechtsschutz durch zivilrechtliche Anspruchsgrundlagen	435
VI.	Beispiel	437
Teil 3	Verbesserungsvorschläge	439
A.	Verbesserungsvorschläge für das englische Recht	439
B.	Verbesserungsvorschläge für das deutsche Recht	440
C.	Darüber hinausgehende Verbesserungsvorschläge für beide Rechtsordnungen	440
I.	Ergänzung der gesetzlichen Regelung	441
	1. Deutsches Recht: Ort und Art der Regelung	441
	2. Inhalt der Regelung	442
	a) Speicherung von Gegendarstellungen, Widerrufen und Unterlassungsansprüchen	442
	b) Auskunftsrecht	446
	(1) Gefahren eines Auskunftsanspruches	447
	(2) Beschränkung des Auskunftsanspruches	450
	(3) Inhalt des Auskunftsanspruches	452
	(4) Auskunftsanspruch gegen Pressearchive	453

c)	Benachrichtigungspflicht	455
d)	Berichtigungsanspruch	455
e)	Löschungsanspruch	458
f)	Sperrungsanspruch	460
g)	Ergänzungsanspruch	461
h)	Schadensersatz mit Beweislastumkehr	462
II.	Besonderheit des deutschen Rechts: Überwachung des redaktionellen Datenschutzes	464
1.	Selbstkontrolle der Medien	464
a)	Hintergrund der derzeitigen Rechtslage	464
b)	Kritik	465
2.	Bestellung von Redaktionsdatenschutzbeauftragten, §§ 4f, g BDSG	466
a)	Diskussion während des Gesetzgebungsverfahrens zum BDSG 2001	466
b)	Ergebnis, Vorschlag für eine Regelung	468
3.	Externe Kontrolle durch Datenschutzbeauftragte	470
a)	Vorteile	470
b)	Kritik	473
c)	Stellungnahme	473
III.	Ergebnis	474
	Literaturverzeichnis	476
	Register	492

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
a.a.O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AC	Appeal Cases (Law Reports)
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht
ALLER	The All England Law Reports
Anm.	Anmerkung
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BAG	Bundesarbeitsgericht
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BT-Drs.	Drucksachen des Deutschen Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BZRG	Bundeszentralregistergesetz
bzw.	beziehungsweise
CA	Court of Appeal
Ch	Chancery Reports / Chancery Division
CJ	Chief Justice
Ch.	Chapter
Cm/Cmd/Cmnd	Command Papers
col.	column
ColumLR	Columbia Law Review
CommL	Communications Law
Corp.	Corporation
CPR	Civil Procedure Rules
CR	Computer und Recht
DuD	Datenschutz und Datensicherung (1977-1982) Datenschutz und Datensicherheit (seit 1983)
DB	Der Betrieb
De G. & Sm.	De Gex & Smales' Chancery Reports
ders.	derselbe
d.h.	das heißt

dies.	dieselbe
DJT	Deutscher Juristentag
DPA	Data Protection Act
dpa	Deutsche Presse-Agentur
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DVB1	Deutsches Verwaltungsblatt
EG	Europäische Gemeinschaft
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EHRR	European Human Rights Report
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EMDSG	Gesetz über den Datenschutz bei der Nutzung elektronischer Medien
EMLR	Entertainment and Media Law Reports
EMRK	Europäische Menschenrechtskonvention
EntLR	Entertainment Law Review
ER	Englisch Reports
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
EWiR	Entscheidungen zum Wirtschaftsrecht
f.	und der/die folgende
Fam	Family Division (Law Reports)
ff.	und die folgenden
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
Fn.	Fußnote
FSR	Fleet Street Reports of Patent Cases
Film u. R.	Film und Recht
GG	Grundgesetz
GovIQ	Government Information Quarterly
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht
Harv.L.R.	Harvard Law Review
HC	House of Commons
h.L.	herrschende Lehre
HL	House of Lords
h.M.	herrschende Meinung
HRA	Human Rights Act
Hrsg.	Herausgeber
IuKD	Informations- und Kommunikationsdienste-Gesetz
i.V.m.	in Verbindung mit
Jura	Juristische Ausbildung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung

XX

Abkürzungsverzeichnis

KB	King's Bench Division (Law Reports)
KUG	Gesetz betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie
LG	Landgericht
Lit.	Literatur
LJ	Lord Justice
LM	Lindenmaier-Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofes
LPG	Landespressegesetz
LQR	The Law Quarterly Review
LS	Legal Studies
Ltd	Limited
MDSStV	Mediendienste-Staatsvertrag
MGN	Mirror Group Newspapers
MLR	The Modern Law Review
MMR	Multimedia und Recht
MP	Member of Parliament
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift – Rechtsprechungs-Report
NLJ	New Law Journal
Nr.	Nummer
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
o.ä.	oder ähnliches
OLG	Oberlandesgericht
para	paragraph
PC	Press Council
PCC	Press Complaints Commission
PL	Public Law
QB	Queen's Bench Law Reports / Division
RDV	Recht der Datenverarbeitung
Rdn.	Randnummer
RG	Reichsgericht
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
S.	Seite
s.	siehe
s.a.	siehe auch
Sch	Schedule
sec.	section
sog.	sogenannte/r/s

StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
SZ	Süddeutsche Zeitung
TDG	Teledienstegesetz
TDDSG	Teledienstedatenschutzgesetz
u.a.	unter anderem / und andere
UFITA	Archiv für Urheber-, Film-, Funk- und Theaterrecht
UK	United Kingdom
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte
US	United States
u.U.	unter Umständen
v	versus
V.-C.	Vice-Chancellor
vgl.	vergleiche
vol.	volume
Vorbem.	Vorbemerkung/en
VVdStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
WLR	The Weekly Law Reports
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WRP	Wettbewerb in Recht und Praxis
YCML	The Yearbook of Copyright and Media Law
YMEL	The Yearbook of Media and Entertainment Law
z.B.	zum Beispiel
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSR	Zeitschrift für schweizerisches Recht
ZUM	Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht

Erstes Kapitel:

Einleitung, tatsächliche Grundlagen und datenschutzrechtliches Gefährdungspotential der journalistischen Arbeit

Teil 1

Einleitung und Darlegung des Gegenstands der Arbeit

A. *Einleitung*

„Privacy will be to the information economy of the next century what consumer protection and environmental concerns have been to the industrial economy of the twentieth century“¹. Diese Aussage von *Marc Rosenberg*, Direktor des *Electronic Privacy Information Centre* in Washington D.C., macht die Bedeutung, die der Datenschutz für die sogenannte Informationsgesellschaft haben wird, besonders deutlich. Die technischen Möglichkeiten des Informationszeitalters haben einen erheblichen Einfluss auf die Tätigkeit und das Erscheinungsbild der Medien. Waren es bereits vor Entwicklung neuartiger Technologien vor allem die Medien, deren Wirken zu einer kontroversen Debatte über die Notwendigkeit eines allgemeinen Persönlichkeitsrechts geführt hat, so setzt sich dieser Konflikt nun mit dem Datenschutz unter den veränderten Bedingungen der Arbeit der Medien in Zeiten moderner Informationstechnologien fort.

Die Pressefreiheit steht in einem natürlichen Gegensatz zum informationellen Selbstbestimmungsrecht sowie zum allgemeinen Persönlichkeitsrecht des Einzelnen. Denn journalistische Arbeit ist Datenverarbeitung². Die Medien beschaffen, sichten, übermitteln und veröffentlichen Informationen und damit auch Daten. Die journalistische Datenverarbeitung ist unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten sogar besonders gefährlich, weil ihr Endziel immer die Veröffentlichung der Daten ist. Die Veröffentlichung personenbezogener Daten oder gar ganzer Persönlichkeitsprofile birgt die Gefahr von Verletzungen des Persönlichkeitsrechts in sich. Auf der anderen Seite ist journalistische Datenverarbeitung Grundvoraussetzung für die Tätigkeit von Presseunternehmen, deren unabhängige und freie Existenz alle europäischen Verfassungen schützen. So bezeichnet das

¹ *Rosenberg* in *Gleick*, Behind closed doors: Big Brother Is Us, *New York Times* vom 29.9.1996, S. 130.

² *Wegel*, Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht, 1994, S. 19.

Bundesverfassungsgericht die Pressefreiheit in ständiger Rechtsprechung als „schlechthin konstituierend für eine freiheitlich-demokratische Staatsordnung“³. Besonders im angelsächsischen Rechtsraum wird der Pressefreiheit traditionell eine überragende Bedeutung beigemessen⁴. Investigativer Journalismus ist zwangsläufig mit der Verwendung von Taktiken und Techniken verbunden, die streng genommen eine unrechtmäßige Datenverarbeitung darstellen⁵.

Um diese beiden Grundrechte zueinander in Ausgleich zu bringen, sehen die EG-Datenschutzrichtlinie – und ihr entsprechend die Datenschutzgesetze der europäischen Länder – Ausnahmeregelungen für die Medien vor. Da diese Sonderregelungen die Medien weniger strengen Anforderungen unterwerfen als sonstige öffentliche und private datenverarbeitende Stellen, werden sie auch als „Medienprivileg“ bezeichnet.

Gegenstand dieser Arbeit ist die Frage, ob die Rechte der Betroffenen durch die bestehende Rechtslage in Deutschland und in England ausreichend gewahrt werden. Es wird also untersucht, ob die bestehenden Medienprivilegien in beiden Ländern verfassungsgemäß sind, das heißt, ob sie einen angemessenen Ausgleich zwischen der Pressefreiheit und dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung herstellen.

Die bestehenden datenschutzrechtlichen Regelungen werden zum einen daraufhin untersucht, ob sie die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen ausreichend wahren. Es folgt eine vergleichende und ergänzende Analyse der in der jeweiligen Rechtsordnung bestehenden zivilrechtlichen Abwehransprüche und die Untersuchung, ob diese einen befriedigenden Persönlichkeitsschutz herstellen, der eventuelle Lücken im Datenschutz ausgleichen kann. Zum anderen wird der Frage nachgegangen, wie weit mögliche datenschutzrechtliche Ergänzungen gehen dürfen, ohne die Freiheit der Presse unverhältnismäßig einzuschränken.

³ BVerfG, Urteil vom 15.1.1958, BVerfGE 7, 198, 208 – „Lüth“; BVerfG, Urteil vom 6.10.1959, BVerfGE 10, 118, 121; BVerfG, Urteil vom 19.7.1966, BVerfGE 20, 162, 174 f.; BVerfG, Urteil vom 3.10.1969, BVerfGE 27, 71, 81 f.; BVerfG, Urteil vom 5.6.1973, BVerfGE 35, 202, 221 f. – „Lebach“; BVerfG, Urteil vom 13.1.1982, BVerfGE 59, 231, 265 f.; BVerfG, Urteil vom 1.10.1987, BVerfGE 77, 65, 74.

⁴ *Gounalakis*, Privacy and the Media, 2000, S. 42; *Attorney-General v Observer Ltd, Times Newspapers and others* [1990] 1 AC 109, 156-B; *Francome v Mirror Group Newspapers* [1984] 1 WLR 892, 898-A; *Reynolds v Times Newspapers* [1999] 3 WLR 1010, 1029; *Cassell & Co v Broome* [1972] AC 1027, 1133.

⁵ *Lloyd*, A Guide to the Data Protection Act 1998, 1998, Ch. 6.1, S. 82.

B. Gesetzeslage in Deutschland und England nach Umsetzung der EG-Datenschutz-Richtlinie

Im Bereich des Datenschutzes wurde am 24. Oktober 1995 die Richtlinie 95/46/EG des Europäischen Parlamentes und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Warenverkehr (im Folgenden: EG-Datenschutz-Richtlinie) erlassen. Gemäß Art. 189 Abs. 3 EG-Vertrag, Art. 32 Abs. 1 EG-Datenschutz-Richtlinie war diese innerhalb von drei Jahren von allen Mitgliedstaaten, also auch von Deutschland und Großbritannien, in innerstaatliches Recht umzusetzen. Mittlerweile haben alle europäischen Mitgliedstaaten die Richtlinie umgesetzt, zum Teil allerdings mit erheblicher Verspätung. Die aktuellen Datenschutzgesetze der Mitgliedstaaten der Europäischen Union beruhen damit auf der EG-Datenschutz-Richtlinie.

Für den Bereich der Medien bestimmt Art. 9 der EG-Datenschutz-Richtlinie:

„Verarbeitung personenbezogener Daten und Meinungsfreiheit

Die Mitgliedstaaten sehen für die Verarbeitung personenbezogener Daten, die allein zu journalistischen, künstlerischen oder literarischen Zwecken erfolgt, Abweichungen und Ausnahmen von diesem Kapitel⁶ sowie von den Kapiteln IV⁷ und VI⁸ nur insofern vor, als sich dies als notwendig erweist, um das Recht auf Privatsphäre mit den für die Freiheit der Meinungsäußerung geltenden Vorschriften in Einklang zu bringen.“

Daneben sind auch die Erwägungsgründe 17 und 37 für die journalistische Datenverarbeitung von Bedeutung. Diese lauten:

„(17) Bezüglich der Verarbeitung von Ton- und Bilddaten für journalistische, literarische oder künstlerische Zwecke, insbesondere im audiovisuellen Bereich, finden die Grundsätze dieser Richtlinie gemäß Art. 9 eingeschränkt Anwendung.

(37) Für die Verarbeitung personenbezogener Daten zu journalistischen, literarischen oder künstlerischen Zwecken, insbesondere im audiovisuellen Bereich, sind Ausnahmen von bestimmten Vorschriften dieser Richtlinie vorzusehen, soweit sie erforderlich sind, um die Grundrechte der Person mit der Freiheit der Meinungsäußerung und insbesondere der Freiheit, Informationen zu erhalten oder weiterzugeben, die

⁶ „Dieses Kapitel“ II regelt die allgemeinen Bedingungen für die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung personenbezogener Daten. Es enthält sämtliche Regelungen zur Zulässigkeit der Datenverarbeitung im Allgemeinen und in Bezug auf besonders sensitive Daten, des Weiteren Informations-, Auskunfts- und Widerspruchsrechte der betroffenen Personen und Vorschriften für die Vertraulichkeit und Sicherheit der Verarbeitung und deren Kontrolle.

⁷ Kapitel IV betrifft die Übermittlung personenbezogener Daten in Drittländer.

⁸ Kapitel VI enthält Vorschriften über die Kontrollstelle und Gruppe für den Schutz von Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten.

insbesondere in Art. 10 der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und der Grundfreiheiten garantiert ist, in Einklang zu bringen. Es obliegt deshalb den Mitgliedstaaten, unter Abwägung der Grundrechte Ausnahmen und Einschränkungen festzulegen, die bei den allgemeinen Maßnahmen zur Rechtmäßigkeit der Verarbeitung von Daten, bei den Maßnahmen zur Übermittlung der Daten in Drittländer sowie hinsichtlich der Zuständigkeiten der Kontrollstellen erforderlich sind, ohne dass jedoch Ausnahmen bei den Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit der Verarbeitung vorzusehen sind. Ferner sollte mindestens die in diesem Bereich zuständige Kontrollstelle bestimmte nachträgliche Zuständigkeiten erhalten, beispielsweise zur regelmäßigen Veröffentlichung eines Berichts oder zur Befassung der Justizbehörden.“

Der deutsche Gesetzgeber hat diese Richtlinie mit mehrjähriger Verspätung umgesetzt. Nach kontroversen Diskussionen und verschiedenen Entwürfen für die Neufassung von § 41 BDSG lautet § 41 BDSG in seiner seit 18. Mai 2001 geltenden Fassung nunmehr:

„Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten durch die Medien

(1) Die Länder haben in ihrer Gesetzgebung vorzusehen, dass für die Erhebung, Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten von Unternehmen und Hilfsunternehmen der Presse ausschließlich zu eigenen journalistisch-redaktionellen oder literarischen Zwecken den Vorschriften der §§ 5⁹, 9¹⁰ und 38a¹¹ entsprechende Regelungen einschließlich einer hierauf bezogenen Haftungsregelung entsprechend § 7¹² zur Anwendung kommen.

(2) Führt die journalistisch-redaktionelle Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung personenbezogener Daten durch die Deutsche Welle zur Veröffentlichung von Gegendarstellungen des Betroffenen, so sind diese Gegendarstellungen zu den gespeicherten Daten zu nehmen und für dieselbe Zeitdauer aufzubewahren wie die Daten selbst.

(3) Wird jemand durch eine Berichterstattung der Deutschen Welle in seinem Persönlichkeitsrecht beeinträchtigt, so kann er Auskunft über die der Berichterstattung zugrundeliegenden, zu seiner Person gespeicherten Daten verlangen. Die Auskunft kann nach Abwägung der schutzwürdigen Interessen der Beteiligten verweigert werden, soweit

1. aus den Daten auf Personen, die bei der Vorbereitung, Herstellung oder Verbreitung von Rundfunksendungen berufsmäßig journalistisch mitwirken oder mitgewirkt haben, geschlossen werden kann,

⁹ § 5 BDSG behandelt das Datengeheimnis.

¹⁰ § 9 BDSG betrifft technische und organisatorische Maßnahmen.

¹¹ § 38 a BDSG sieht vor, dass Berufsverbände und ähnliche Vereinigungen mit Zustimmung der Aufsichtsbehörde Verhaltensregelungen zur Förderung der Durchführung von datenschutzrechtlichen Regelungen entwickeln können.

¹² § 7 BDSG gewährt einen Schadensersatzanspruch für den Fall, dass durch unzulässige oder unrichtige Erhebung, Verarbeitung oder Nutzung von Daten dem Betroffenen ein Schaden entsteht. Das Verschulden der verantwortlichen Stelle wird vermutet; diese muss beweisen, dass sie die gebotene Sorgfalt beachtet hat.

2. aus den Daten auf die Person des Einsenders oder des Gewährträgers von Beiträgen, Unterlagen oder Mitteilungen für den redaktionellen Teil geschlossen werden kann,

3. durch die Mitteilung der recherchierten oder sonst erlangten Daten die journalistische Aufgabe der Deutschen Welle durch Ausforschung des Informationsbestandes beeinträchtigt würde.

(4) Im Übrigen gelten für die Deutsche Welle von den Vorschriften dieses Gesetzes die §§ 5, 7, 9 und 38a¹³. Anstelle der §§ 24 bis 26¹⁴ gilt § 42¹⁵, auch soweit es sich um Verwaltungsangelegenheiten handelt.“

Der in England in Umsetzung der EG-Datenschutz-Richtlinie geänderte *Data Protection Act 1998* sieht in sec. 32 für die Medien folgende Sonderregelung vor:

„Journalism, literature and art.

(1) Personal data which are processed only for the special purposes are exempt from any provision to which this subsection relates if –

(a) the processing is undertaken with a view to the publication by any person of any journalistic, literary or artistic material,

(b) the data controller reasonably believes that, having regard in particular to the special importance of the public interest in freedom of expression, publication would be in the public interest, and

(c) the data controller reasonably believes that, in all the circumstances, compliance with that provision is incompatible with the special purposes.

(2) Subsection (1) relates to the provisions of –

(a) the data protection principles except the seventh data protection principle,

(b) section 7¹⁶

(c) section 10¹⁷,

¹³ Zum Inhalt dieser Vorschriften siehe oben.

¹⁴ Die §§ 24 bis 26 BDSG weisen dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz Aufgaben zu; hierzu gehören die Kontrolle der öffentlichen Stellen des Bundes, Beanstandungen und weitere Aufgaben wie die Erstattung eines Tätigkeitsberichtes, die Erstellung von Gutachten und Empfehlungen und ähnliches.

¹⁵ Gemäß § 42 BDSG bestellt die Deutsche Welle einen Beauftragten für den Datenschutz, der an die Stelle des Bundesbeauftragten für den Datenschutz tritt. Dieser Datenschutzbeauftragte kontrolliert die Einhaltung der datenschutzrechtlichen Vorschriften. Er ist in Ausübung dieses Amtes unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen. Im Übrigen untersteht er der Dienst- und Rechtsaufsicht des Verwaltungsrates. Alle zwei Jahre erstattet der Datenschutzbeauftragte einen Tätigkeitsbericht.

¹⁶ Sec. 7 betrifft das „*Right of access to personal data*“.

¹⁷ Sec. 10 enthält Vorschriften für das „*Right to prevent processing likely to cause damage or distress*“.

- (d) section 12¹⁸, and
 (e) section 14 (1) to (3)¹⁹.
- (3) In considering for the purposes of subsection (1) (b) whether the belief of a data controller that publication would be in the public interest was or is a reasonable one, regard may be had to his compliance with any code of practice which –
- (a) is relevant to the publication in question, and
 - (b) is designated by the Secretary of State by order for the purposes of this subsection.
- (4) Where at any time („the relevant time“) in any proceedings against a data controller under section 7 (9), 10 (4), 12 (8) or 14 or by virtue of section 13²⁰ the data controller claims, or it appears to the court, that any personal data to which the proceedings relate are being processed –
- (a) only for the special purposes, and
 - (b) with a view to the publication by any person of any journalistic, literary or artistic material which, at the time twenty-four hours immediately before the relevant time, had not previously been published by the data controller,
- the court shall stay the proceedings until either of the conditions in subsection (5) is met.
- (5) Those conditions are –
- (a) that a determination of the Commissioner under section 45 with respect to the data in question takes effect, or
 - (b) in a case where the proceedings were stayed on the making of a claim, that the claim is withdrawn.
- (6) For the purposes of this Act „publish“, in relation to journalistic, literary or artistic material, means make available to the public or any section of the public.“

¹⁸ Sec. 12 regelt „Rights in relation to automated decision-taking“.

¹⁹ Sec. 14 behandelt „Rectification, blocking, erasure and destruction“.

²⁰ Sec. 13 betrifft „Compensation for failure to comply with certain requirements“.

C. Eingrenzung des Gegenstands der Arbeit

Die Arbeit beschränkt sich auf den presserechtlichen Bereich. Zwar wird auch die Tätigkeit des Rundfunks in den Datenschutzgesetzen Deutschlands und des Vereinigten Königreiches²¹ besonderen Vorschriften unterworfen. Der deutsche Gesetzgeber hat sich in § 41 Abs. 2 bis 4 und § 42 BDSG speziell der seiner Gesetzgebungskompetenz unterliegenden Rundfunkanstalten des Bundesrechts²² – mittlerweile handelt es sich hierbei einzig und allein um die *Deutsche Welle* – angenommen. Er hat hier wesentlich präzisere und weitergehende Regelungen im Hinblick auf die datenschutzrechtliche Verwirklichung des presserechtlichen Gegendarstellungs- und Auskunftsrechts getroffen als für den Bereich der Presse, für die er sich in § 41 Abs. 1 BDSG auf eine Rahmenregelung beschränkt. Section 32 des britischen *Data Protection Act 1998* spricht nur von „journalistischen Zwecken“ und gilt demnach grundsätzlich für den Bereich der Presse²³. Das englische Medienprivileg enthält keine gesonderte Regelung für den Bereich des Rundfunks.

Die Interessenkonflikte zwischen Rundfunkfreiheit und Datenschutz entsprechen weitgehend diejenigen zwischen Pressefreiheit und Datenschutz. Ebenso verhält es sich mit den Problemen, die sich dort stellen. Das „Rundfunkprivileg“ wird daher nicht gesondert dargestellt, sondern lediglich vereinzelt zum Vergleich herangezogen.

²¹ Gegenstand dieser Arbeit ist ein Vergleich zwischen englischem und deutschem Recht. Der *Data Protection Act* gilt indes wie die meisten Gesetze für das gesamte Staatsgebiet des Vereinigten Königreiches. Die behandelten, für das gesamte Staatsgebiet des Vereinigten Königreiches geltenden Gesetze werden deswegen als britische Gesetze oder Gesetze des Vereinigten Königreiches bezeichnet. Sobald es jedoch um die Besonderheiten eines der Rechtssysteme des Vereinigten Königreiches geht, beschränkt sich die Untersuchung auf das englische Recht. Hierzu und zu der Abgrenzung zwischen Großbritannien und dem Vereinigten Königreich siehe Viertes Kapitel, Teil 1, A. V.

²² Für die öffentlich-rechtlichen Landesrundfunkanstalten ergibt sich die datenschutzrechtliche Privilegierung aus den jeweiligen Staatsverträgen beziehungsweise Landesdatenschutz- oder Landesrundfunkgesetzen. Die einschlägige Regelung für die privaten Rundfunkanbieter befindet sich in den jeweiligen Landesmedien- oder Landesrundfunkgesetzen. Vgl. hierzu *Walz in Simitis*, BDSG, 2003, § 41 Rdn. 8.

²³ *Chalton/Gaskill/Walden/Grant*, *Encyclopedia of Data Protection*, 2001, Rdn. 1-199/2. Siehe hierzu Viertes Kapitel Teil 2 C. II. 1.

Teil 2
Tatsächliche Grundlagen:
Kurzer Überblick über die journalistische Arbeit,
insbesondere die technischen Möglichkeiten der Archivierung
und des Abrufs von Informationen

A. Journalistische Arbeit als Datenverarbeitung

Journalistische Arbeit ist, wie in der Einleitung bereits erwähnt, Datenverarbeitung. Fast alle Berichte in den Medien enthalten Informationen über lebende Personen – sei es, dass diese im Mittelpunkt eines Beitrags stehen, sei es, dass sie Sachthemen illustrieren oder sie kommentieren²⁴. Bei allen diesen Gelegenheiten verarbeiten die Medienunternehmen daher auch personenbezogene Daten.

Die Datenschutzgesetze Deutschlands und des Vereinigten Königreichs enthalten nach Anpassung an die Vorgaben der EG-Datenschutz-Richtlinie eine fast identische Definition des Begriffs der Datenverarbeitung. Sie erfassen die Erhebung, Speicherung, Organisation, Veränderung, Auswahl, Übermittlung, Sperrung und Löschung von Daten. Fast alle Aspekte der journalistischen Arbeit lassen sich unter einen dieser Begriffe subsumieren: Kernpunkt der von der Pressefreiheit geschützten Tätigkeit ist die journalistische Recherche. Unabhängig davon, auf welche Weise der Reporter die gesuchten Informationen ermittelt – ob also durch eine Befragung der Person, über die er berichten möchte, durch die Befragung anderer Personen, durch Recherchen im Archiv des eigenen Hauses oder in anderen Archiven oder Datenbanken oder durch die systematische Auswertung von Agenturmeldungen: Er erhebt Daten. Jede Frage, die er stellt, jede Antwort, die er sich notiert, ist ein neuer Akt der Datenerhebung²⁵. Die so gewonnenen Informationen sammelt der Redakteur anschließend entweder in Papierform oder er speichert sie im Computer. Letzteres ist als Akt der Datenspeicherung eindeutig eine Form der Datenverarbeitung im Sinne der Datenschutzgesetze. Die manuelle Speicherung von Informationen unterfällt sowohl nach deutschem als auch nach englischem Datenschutzrecht nur unter bestimmten, im Einzelnen unterschiedlichen Voraussetzungen dem Anwendungsbereich des jeweiligen nationalen Daten-

²⁴ *Wegel*, *Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht*, 1994, S. 27.

²⁵ *Rasaiah/Newell* (1997/98) 3 YMEL 209, 219; *Wegel*, *Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht*, 1994, S. 27.

schutzgesetzes²⁶. Die anschließende Auswertung der Informationen – hierzu gehören beispielsweise auch Fotos – und ihre Verwendung für einen journalistischen Beitrag sind Formen der Datennutzung und Datenauswahl²⁷. Nach der inhaltlichen Fertigstellung des Artikels überarbeitet ihn in der Regel ein anderer Redakteur hinsichtlich der äußeren Form, er sucht unter Umständen Fotos zu dem Beitrag heraus und passt sie in den Text ein. Auch dies ist Datenverarbeitung in Form von Datenauswahl, -nutzung und -veränderung²⁸. Indem der Zeitungsverlag diesen Beitrag anschließend publiziert, übermittelt er die darin enthaltenen personenbezogenen Daten an eine unbestimmte Vielzahl von Dritten und nutzt sie auf diese Weise²⁹. Mit der Veröffentlichung ist die datenschutzrechtlich relevante Tätigkeit jedoch noch nicht beendet: Der Artikel erscheint möglicherweise in verschiedenen, in einem Kooperationsverhältnis stehenden Zeitungen oder gleichzeitig in der Print- und in der Online-Ausgabe der Zeitung. Die Daten werden also mehrfach weitergegeben und verbreitet. Nach der Veröffentlichung wird der Artikel üblicherweise im Archiv der Zeitung aufbewahrt, die Daten werden also gespeichert. Die anschließend mögliche kommerzielle Verwertung der in dem Beitrag enthaltenen Informationen durch den Verlag, indem dieser das Archiv öffentlich zugänglich macht oder den Artikel an eine kommerzielle Nachrichtendatenbank verkauft, ist wiederum eine Form von Übermittlung der Daten³⁰.

B. Pressearchive

Die bisherige Literatur zum datenschutzrechtlichen Medienprivileg im deutschen Recht bezieht und beschränkt sich überwiegend auf Pressearchive. Dies hat zwei Gründe: Zum einen behandeln fast alle bisherigen wissenschaftlichen Beiträge das Medienprivileg im BDSG 1990³¹. Das

²⁶ Das deutsche Bundesdatenschutzgesetz setzt gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 den Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen voraus, der englische *Data Protection Act* gilt nur für Daten, die Teil eines *relevant filing system* bilden. Einzelheiten hierzu in den jeweiligen Landesteilen, also im Dritten Kapitel Teil 2. B. und im Vierten Kapitel in Teil 2 B. II.

²⁷ *Rasaiah/Newell* (1997/98) 3 YMEL 209, 219.

²⁸ *Rasaiah/Newell* (1997/98) 3 YMEL 209, 219.

²⁹ *Wegel*, *Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht*, 1994, S. 28. Ob die Veröffentlichung tatsächlich eine Form der Übermittlung ist, ist im deutschen Recht strittig. Vergleiche hierzu Drittes Kapitel Teil 2 B.

³⁰ *Rasaiah/Newell* (1997/98) 3 YMEL 209, 219.

³¹ *Klee*, *Pressdatenbanken und datenschutzrechtliches Medienprivileg*, 1992; *Hubert*, *Das datenschutzrechtliche „Presseprivileg“*, 1993; *Wegel*, *Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht*, 1994. *Seibel-Schwiedernoch*, *Die verfassungsrechtliche Problematik*

BDSG 1990 galt gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 für die Datenverarbeitung nicht-öffentlicher Stellen grundsätzlich nur, wenn die Daten in und aus Dateien³² verarbeitet wurden. Nur die von Zeitungsverlagen archivierten Daten erfüllten dieses Kriterium. Alle anderen Daten, die die Presse erhob, verarbeitete und publizierte, fielen in der Regel gar nicht in den Anwendungsbereich des BDSG³³. Dort entstehende Konflikte mussten durch die traditionellen Regelungsinstrumentarien des Zivil- oder Presserechts gelöst werden³⁴. Das BDSG 2001 hingegen hat einen etwas weiteren Anwendungsbereich³⁵, der fast alle Formen der journalistischen Arbeit erfassen kann. Der andere Grund für die besonders intensive Auseinandersetzung mit den Archiven der Presseunternehmen besteht indes nach wie vor: Pressearchive enthalten enorme Mengen von Daten. Auf sie ist daher unter datenschutzrechtlichen Gesichtspunkten ein besonderes Augenmerk zu richten.

Praktisch jedes Massenmedium, jeder Zeitungs- oder Zeitschriftenverlag hat ein eigenes Archiv, in dem Beiträge des eigenen Blattes oder auch fremde Veröffentlichungen dokumentiert werden. Die Bezeichnung „Archiv“ ist in den meisten Fällen ungenau, da Archive im eigentlichen Sinn nur Sammlungen von Akten und Urkunden sind, die im Zuge der Geschäftstätigkeit des eigenen Hauses entstehen³⁶. Bei Presseunternehmen ist dies die Sammlung der eigenen Publikationen³⁷. Medienarchive sammeln jedoch in der Regel nicht nur die eigenen Veröffentlichungen, sondern werten auch eine Vielzahl anderer Quellen aus, wie zum Beispiel andere Zeitungen und Zeitschriften³⁸, Agenturmeldungen, Gerichtsurteile, amtliche Drucksachen oder Statistiken³⁹. Diese Sammlungen fremder Ver-

des „Medienprivilegs“ des § 1 Abs. 3 BDSG, 1986 und *Sulzberger*, Datenschutz und Privatfunk, 1989 betreffen das BDSG 1977.

³² Zum Begriff der Datei vergleiche im Einzelnen Drittes Kapitel Teil 2 B.

³³ *Wegel*, Presse und Rundfunk im Datenschutzrecht, 1994, S. 30.

³⁴ *Hubert*, Das datenschutzrechtliche „Presseprivileg“, 1993, S. 42.

³⁵ Nicht-öffentliche Stellen unterliegen dem Gesetz gemäß § 1 Abs. 2 Nr. 3 BDSG 2001 ohne weitere Einschränkung, wenn sie Daten unter Einsatz von Datenverarbeitungsanlagen verarbeiten, nutzen oder erheben. Für den nicht automatisierten Datenumgang gilt aber nach wie vor das Dateierfordernis. Vergleiche hierzu Drittes Kapitel Teil 2 B.

³⁶ *Englert in Bohrmann/Englert*, Handbuch der Pressearchive, 1984, S. 8.

³⁷ *Schmitt*, Der Archivar 1984, Sp. 441.

³⁸ Bei der *FAZ* beispielsweise werten jeden Tag mehr als 30 Pressedokumentare über 50 Tages- und Wochenzeitungen aus Deutschland und dem Ausland sowie Zeitschriften, Nachrichten- und Pressedienste aus. Weitere Informationsquellen sind die ausgesuchten Nachschlagewerke und CD-ROM der *FAZ*-Bibliothek, das Intranet mit Daten, Fakten und Internetlinks, die das *FAZ*-Archiv bereitstellt, internationale Informationsdatenbanken und das Internet. (Angaben aus der Broschüre der *FAZ*: Informations- und Datenbankdienste 2001/2002).

³⁹ *Englert in Bohrmann/Englert*, Handbuch der Pressearchive, 1984, S. 10 f.

Register

- Absolute Privilege 264, 359
 Abhören 91, 379
 Account of profits 370, 380
 Adressenverzeichnisse 137 f., 144 f., 150, 415
 Aggravated damages 277, 362
 Angemaßte Eigengeschäftsführung 227
 Anzeigenblätter 113, 146, 149 ff.
 Archiv *siehe* Pressearchiv
 Auffanggrundrecht 80, 88, 90
 Auskunftsanspruch 165, 180, 227 ff., 395, 407, 423, 426, 429 f., 440, 447 ff. 457 f., 463, 475
 Auskunfts- und Recherchedienst 21
 Balance of convenience 383, 386, 388, 437
 Beleidigung 106, 194 f., 232
 Benachrichtigungspflicht 456
 Bereicherungsanspruch 221, 223, 225 f.
 Berichtigung (-anspruch) 147, 175, 180 ff. 184 f., 190, 230, 233, 242, 300, 326, 328, 337, 345, 360, 389 ff., 419, 423, 426 ff., 430 f. 436, 448, 451, 456 ff.
 Bill of Rights 246 ff.
 Branchenverzeichnisse 137 f.
 Brandeis 258 ff.
 Breach of confidence 253, 261 ff., 274 f. 277 ff., 287 f., 291 f., 294, 338, 340, 349 f. 352, 356, 365 ff., 369 ff., 386 ff., 393, 434, 437 f.,
 Breach of contract 259, 263, 373
 Briefgeheimnis 91 f.
 Bundesbeauftragter für den Datenschutz 5, 61, 137, 169
 Bürgerliche Freiheiten 254, 291
 Calcutt 261 f., 296 ff., 371, 381
 Caroline von Monaco / Hannover 65, 76, 200, 213, 215
 Charta der Grundrechte der Europäischen Union *siehe* Grundrechtecharta
 Civil Liberties 254
 Coco v A.N. Clark 366
 Code of Practice 6, 297, 391
 Common law 250 ff., 255, 259 f., 268, 347, 361, 412
 Common law constitution 250
 Conspiracy 381
 Constitutional law 245
 Criminal libel 392
 Damages in lieu of an injunction 383
 Damage to reputation 348
 Data Protection Commissioner 312
 Data Protection (Designated Codes of Practice) Order 336
 Data Protection (Processing of Sensitive Personal Data) Order 335
 Data Protection Registrar 306, 312
 Data Protection Tribunal 312, 342
 Datei 10, 18, 49, 131, 133 f., 138, 146, 163 f., 166, 190, 194, 203, 309, 314 ff., 319 f.
 Datengeheimnis 4, 137 f., 160 f., 167, 419 f., 468
 Datenschutzprinzipien 277, 304, 306, 310 ff., 318, 321 f., 324, 326, 328, 337, 341 f., 346, 348 ff., 353 f., 403, 419 ff., 426, 428 f., 431
 Datensicherheit 337, 421
 Dauer der Privilegierung 428, 440
 Declaration of incompatibility 248
 Defamation 259, 261 ff., 291, 293 ff., 338, 346, 356 ff., 360 ff., 364 f., 378, 384, 389 f., 394, 434, 436
 - Defences 264, 288, 294, 358
 - Fair Comment 264, 288 f., 294, 358 f., 384
 - Justification 264, 288, 294, 358 f., 364
 - Privileges 264, 288, 358
 Deutsche Presse-Agentur 24, 488
 Deutsche Welle 4 ff., 127, 164, 180, 190, 229, 409, 443, 447, 452, 457, 468, 470
 Differenzhypothese 208
 Dokumentation 11 ff., 85, 134, 152 ff., 169, 320, 328, 445, 457, 481 ff., 490
 Douglas v Hello! 270, 272 ff., 274, 280, 293, 321, 335, 352 f., 386

- dpa *siehe* Deutsche Presse-Agentur
 Drittwirkung von Grundrechten 42, 100 ff.,
 120 f., 271, 433
 - unmittelbare 100, 120, 271
 - mittelbare 42, 101 f., 120, 271, 433
 E-Commerce-Richtlinie 55
 EG-Datenschutz-Richtlinie 3 ff., 45 ff.,
 127, 131, 137 ff., 166 f., 329, 336, 338,
 347, 350, 395 ff., 414 ff., 471 ff.
 - Art. 9 3, 49 ff., 94, 96, 137 ff., 167, 325,
 329, 332, 328, 347, 350, 395 ff., 399 f.,
 402 ff., 414, 417 f., 421, 425 f.
 Ehrenschutz 118, 192 ff., 233, 241, 263,
 289, 365, 392, 394
 Eingriffskondiktion 222, 227
 Einstweiliger Rechtsschutz 230
 EMDSG 165, 466
 Eppler-Entscheidung/-Beschluss 66, 76,
 80 ff., 90, 95, 118, 186
 Equity law 251 ff., 264, 287
 Ergänzungsanspruch 462 f.
 Ermittlungsverfahren 37, 43, 237
 Europarats-Konvention zum Datenschutz
 46 f., 306
 Europäische Menschenrechtskonvention /
 EMRK 50 f., 59 f., 108, 200, 215, 248,
 266 ff., 274, 276 f., 279, 281, 284, 286 ff.,
 299, 301, 308, 324, 332, 346, 350, 363,
 372 f., 388, 410, 412, 434, 445, 450, 462
 Europäische Verfassung 57 ff.
 Exemplary damages 362, 371, 380
 Fair Comment *siehe* Defamation
 Fernmeldegeheimnis 91 f.
 Freedom of expression 5, 284, 335, 417
 Freedom of Information Act 312
 Freiwillige Selbstkontrolle *siehe*
 Selbstkontrolle
 Gagging order 323, 340
 Gegendarstellungsanspruch/-recht 7, 44,
 51 ff., 118, 172, 175 f., 181, 186 ff.,
 230 f., 364, 389 ff., 396, 400 f., 435 f.,
 444, 463
 General Council of the Press 295
 Geschäftsmäßige Datenspeicherung 152 f.
 Gesetzgebungskompetenz 7, 126 ff., 247,
 409, 414
 Gewinnhaftung 209, 225
 Glaubens- und Bekenntnisfreiheit 95 f.
 Grundrechtecharta der Europäischen Union
 48, 57 ff.
 Haftung 138, 165 ff., 218, 220 f., 347, 356,
 364, 370, 373, 426
 Harassment 263, 376 f.
 Herrenreiter-Urteil/-Entscheidung 62, 64 f.,
 70, 192, 209 f., 212, 216, 221, 225
 Hilfsunternehmen der Presse 4, 141 f., 153,
 157 ff., 414 ff., 472
 Human Rights Act 31, 34, 42, 245, 247 ff.,
 251, 253 f., 256, 265 f., 269 ff., 277 f.,
 280 f., 283 ff., 290 ff., 300, 308, 324, 363,
 365, 368, 370, 372, 382, 388, 403, 412 f.,
 430, 433, 440, 444, 447
 Hybridsystem 13, 16
 Immaterielle Schäden 65, 167, 172, 179,
 192, 194 ff., 202, 204, 210 f., 219, 222 ff.,
 257, 326, 361, 370, 377 ff., 432, 436
 Informationelles Selbstbestimmungsrecht
siehe Recht auf informationelle
 Selbstbestimmung
 Information Commissioner 312
 Informationsbroker 21, 153, 156
 Informationsfreiheit 105, 108, 206
 Informationstechnologie 1, 16, 41, 45, 83
 Informations- und
 Kommunikationsdienstegesetz / IuKD
 56, 130, 142, 163
 Innuendo 357 f.
 - true 357
 - legal 357
 - false 357
 - popular 357
 Injunction 369, 376, 381 f.
 - final 382, 385, 388
 - interim 382, 385
 - interlocutory 363, 382, 385
 - perpetual 382, 385, 389
 - prohibitory 382
 - quia timet 382
 Kaye v Robertson
 Kommerzielle Nachrichtendatenbank 9,
 20, 25
 Kommunikationsgrundrechte 93 ff.
 Kommunikationstheorie 78

- Konkordanz 121 f., 406
 Konvent zur Zukunft Europas 57
 Krankenblätter-Urteil 72
 Kundenzeitungen 142
 Law of Confidence 31, 276, 281, 386
 Lebach-Urteil 30, 65, 82, 121
 Leserservice 20, 21, 151, 154, 453
 Libel 263, 338, 346, 357, 361, 385 f., 392, 435, 437
 Libel Act 254
 Lindop Report 303
 Lizenzanalogie 209
 Lizenzgebühr 65, 209, 225
 Loss of amenities 348
 Löschung (-sanspruch) 8, 30 ff., 35, 136, 152, 160, 174 f., 185, 242, 319, 337, 345, 419, 423 ff., 430 f., 448 f., 457, 459 ff.
 Lüth-Urteil 117, 120
 Magna Carta 246
 Malicious falsehood 258, 263, 378, 384
 Materielle Schäden 64, 167, 172, 203, 207 f., 210, 216, 218, 348, 354, 366
 Mediendienste-Staatsvertrag / MDStV 130, 142, 163 ff., 231, 443, 454
 Meinungsäußerungsfreiheit 50, 110, 112, 264, 282, 286 f., 301, 405, 412, 418, 437
 Mental distress 370
 Mikrozensus-Beschluss 71, 81
 Mirror 276 ff., 293, 299, 321, 349 ff.
 Nachmeldepflicht 446
 Nachrichtenagenturen 24, 26, 110, 142, 152, 157 ff., 415, 417
 - Selektionsdienst 14, 24
 Namensrecht 63, 196 f.
 Naomi Campbell-Urteil 225, 265, 276 ff., 292 f., 320 f., 338 f., 347, 349 ff., 354
 National Heritage Select Committee 262, 298
 Naturalrestitution 207, 436
 Nuisance 375 f.
 OECD-Leitlinien 46
 Offer of amends 358, 390
 Opportunity to reply 391
 Pain and suffering 348
 Parteizeitungen 142 f.
 Passing off 380
 Person der Zeitgeschichte
 - relative 199 f.
 - absolute 199 f.
 Personalbereich 146, 152
 Persönlichkeitsprofil 1, 39, 41, 153, 463
 Postgeheimnis 91
 Postkoordination 14 ff., 41 ff.
 Präkoordination 12 f.
 Präventionsgedanke 213 f.
 Press Complaints Commission 261, 268, 296 ff.
 Press Council 444
 Pressearchiv 8 ff., 40, 132, 151 ff., 319 f., 334, 343, 409, 429, 444 ff., 453 ff.
 - konventionelles 12, 14, 15
 - Ausschnittsarchiv 12 f., 40, 445
 - Hybridsystem
 - Volltext-Recherche 15, 132
 Pressedatenbank 19, 23, 195, 345
 Pressefreiheit 1, 2, 7, 8, 50, 61, 104 ff., 140 ff., 159, 161, 171, 188 f., 205, 213, 215, 234 ff., 240, 245 ff., 267 ff., 276 ff., 324, 330 f., 340 ff., 365, 369, 379 ff., 391 f., 401 ff., 429 ff., 433 f., 438 ff., 460 ff., 477 ff.
 - Schranken 116, 119, 271, 288
 - allgemeine Gesetze 116 f.
 Pressekodex 140, 168 ff., 184, 191, 220, 236 ff., 296, 299, 399, 401, 419, 424 ff., 435 f., 441 ff., 452, 454, 461 f., 475
 Presserat 140, 161 f., 168 ff., 184, 191, 220, 235 ff., 261, 268, 295 f., 298 ff., 330, 336, 391, 395 ff., 406, 419, 423 ff., 429, 435, 441 ff., 447, 452, 454, 461 ff., 475 f.
 Prince Albert v Strange 258 f., 365
 Prinzip der praktischen Konkordanz *siehe* Konkordanz
 Privatsphäre 3, 30, 33 f., 48, 50 ff., 65 f., 68 ff., 80 ff., 86 f., 89 ff., 138 f., 182, 184, 199, 207, 210, 241, 259 ff., 264, 266 ff., 271 f., 274 f., 277, 279, 284, 289, 298 f., 300, 303, 308, 325, 350, 356, 365 f., 371 ff., 386, 393, 395, 397, 400 f., 412, 432, 434 f., 454, 472
 Programmirtes Vergessen 42
 Protection from Harassment Act 376 f.

- Public authority 268, 300
 Publizistische Grundsätze 237
 Punitive damages 214
 Purposes of journalism 331, 414
 Qualified privilege 264, 288, 344, 358 ff., 384, 390 f.
 Reasonable belief 335
 Recherchedienst 21, 23, 156
 Recht am eigenen Bild 30, 63, 69, 83, 176, 191, 197
 Recht am eigenen Datum 201
 Recht auf informationelle Selbstbestimmung 2, 28, 38, 62, 76, 80, 85 ff., 92, 96, 97, 103, 123, 141, 162, 169 ff., 201 ff., 237, 242, 255, 282, 477, 481, 488
 - Schranken 97 ff.
 Recht auf Vergessen 29 ff., 33, 41, 78, 156
 Redaktionsdatenschutz 162, 168 ff., 236 f., 401, 425
 Redaktionsdatenschutzbeauftragter 168, 447, 467 ff., 471, 474 ff.
 Redaktionsgeheimnis 112, 238, 472
 Rehabilitation of Offenders Act 30, 32, 358 f.
 Relevant filing system 9, 313 ff.
 Reynolds v Times Newspapers 285
 Richtigstellung 43, 53, 180 f., 183 ff., 207, 237, 239, 300, 345, 389 f., 394, 401, 443, 450, 457
 - eingeschränkte 183
 Richtlinien des Pressekodex 168, 237 ff., 419
 Right of subject access 328
 Right to privacy 28, 255 ff., 293 ff., 321, 330, 364 ff., 433 f., 483 f.
 Rollentheorie 77 f.
 Royal Commission 295
 Rüge 169 f., 235 f., 239 ff., 295, 300, 401, 443, 466 f.
 Rule against prior restraint 385
 Rundfunkfreiheit 7, 118 f., 445, 448
 Rundfunkprivileg 7
 Schaukeltheorie 119
 Scheidungsakten-Urteil 71
 Selbstkontrolle 140, 160, 162, 167 ff., 260 ff., 268, 241, 295 ff., 394 ff., 435, 463, 402, 408, 465 ff.
 Search and seizure 379
 Selbstregulierung *siehe* Selbstkontrolle
 Sittenwidrige Schädigung 218 ff.
 Slander 263, 357 f., 361
 Soraya-Urteil 65, 81
 Special information notice 341
 Sperrung (-sanspruch) 8, 35, 136, 160, 179, 242, 319, 337 f., 345, 419, 423 ff., 430 f., 448 ff., 457, 461 f.
 Sphärentheorie 34, 68 f., 71 f., 76, 78, 99
 Stare decisis-Doktrin 250
 Strafverfahren 32, 43, 128, 237 f., 310
 Strukturüberlegungen für ein Gesetz über den Datenschutz bei der Nutzung elektronischer Medien *siehe* EMDSG
 Subject Access Right 311, 328
 Subjektive Theorie 225
 Substantial public interest test 350
 Technische und organisatorische Maßnahmen 137 f., 160 f., 419, 421
 Teledienstegesetz / TDG 55, 130
 Teledienstedatenschutzgesetz /TDDSG 55, 130, 165
 Telefonverzeichnisse 144
 Theorie der autonomen Selbstdarstellung 78 f.
 Tort of privacy 274 f., 280, 365
 Transitional Provisions 312 f.
 Trespass 252, 263, 374 ff., 379
 Überwachung des redaktionellen Datenschutzes 169, 401, 465 ff., 475
 Unterlassungsanspruch 172, 176 ff., 229 f., 232 f., 242, 338, 363, 369, 381, 436, 443, 446, 449 f., 452, 462, 475
 Urheberpersönlichkeitsrecht 63, 191
 Venables and Thompson v News Group Ltd. 30 f., 271, 275, 387
 Verbandszeitungen 142
 Vereinszeitungen 142, 415
 Verfassungsvertrag *siehe* Europäische Verfassung
 Verhaltensregeln von Berufsverbänden 138, 162, 167 f., 237, 396 f., 419, 425 ff., 441

- Verteil- und Abrufdienste 163
Vertriebsbereich 146, 148, 161, 416
Volkszählungsurteil 28, 61 ff., 72 ff., 126,
139, 282, 490
Wahrnehmung berechtigter Interessen 115,
183, 196, 233
Wechselwirkungstheorie 119
Werbung 145, 150, 158, 197, 226
Werkszeitungen 110, 114, 142 f., 149, 415
Widerruf 172, 175, 180 ff., 190, 207, 212,
228, 300, 389, 394, 401, 434, 443 f., 446,
450, 457, 459 f.
- eingeschränkter 183
Widerspruchsrecht 399, 424, 430
Younger Commission / Committee 304
Younger Report 260, 303 f.
Zeitgeschichte *siehe* Person der
Zeitgeschichte
Zensurverbot 104 f., 111, 119 f.
Zwangskommerzialisierung 221
Zuweisungsgehalt 222 ff.
Zuweisungstheorie 222

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

Alphabetische Übersicht

- Adam, Wolfgang*: Internationaler Versorgungsausgleich. 1985. *Band 13*.
- Ady, Johannes*: Ersatzansprüche wegen immaterieller Einbußen. 2004. *Band 136*.
- Ahrendt, Achim*: Der Zuständigkeitsstreit im Schiedsverfahren. 1996. *Band 48*.
- Amelung, Ulrich*: Der Schutz der Privatheit im Zivilrecht. 2002. *Band 97*.
- Anderegg, Kirsten*: Ausländische Eingriffsnormen im internationalen Vertragsrecht. 1989. *Band 21*.
- Bartels, Hans-Joachim*: Methode und Gegenstand intersystemarer Rechtsvergleichung. 1982. *Band 7*.
- Bartnik, Marcel*: Der Bildnisschutz im deutschen und französischen Zivilrecht. 2004. *Band 128*.
- Basedow, Jürgen / Wurmnest, Wolfgang*: Die Dritthaftung von Klassifikationsgesellschaften. 2004. *Band 132*.
- Basedow, Jürgen* (Hrsg.): Europäische Verkehrspolitik. 1987. *Band 16*.
- Baum, Harald*: Alternativanknüpfungen. 1985. *Band 14*.
- Behrens, Peter*: siehe *Hahn, H*.
- Böhmer, Martin*: Das deutsche internationale Privatrecht des timesharing. 1993. *Band 36*.
- Boelck, Stefanie*: Reformüberlegungen zum Haager Minderjährigenschutzabkommen von 1961. 1994. *Band 41*.
- Brand, Oliver*: Das internationale Zinsrecht Englands. 2002. *Band 98*.
- Brockmeier, Dirk*: Punitive damages, multiple damages und deutscher ordre public. 1999. *Band 70*.
- Brückner, Bettina*: Unterhaltsregreß im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1994. *Band 37*.
- Buchner, Benedikt*: Kläger- und Beklagtenschutz im Recht der internationalen Zuständigkeit. 1998. *Band 60*.
- Busse, Daniel*: Internationales Bereicherungsrecht. 1998. *Band 66*.
- Dilger, Jörg*: Die Regelungen zur internationalen Zuständigkeit in Ehesachen in der Verordnung (EG) Nr. 2201/2003. 2004. *Band 116*.
- Döse-Digenopoulos, Annegret*: Der arbeitsrechtliche Kündigungsschutz in England. 1982. *Band 6*.
- Dohrn, Heike*: Die Kompetenzen der Europäischen Gemeinschaft im Internationalen Privatrecht. 2004. *Band 133*.
- Dopffel, Peter* (Hrsg.): Ehelichkeitsanfechtung durch das Kind. 1990. *Band 23*.
- (Hrsg.): Kindschaftsrecht im Wandel. 1994. *Band 40*.
- , *Ulrich Drobnig* und *Kurt Siehr* (Hrsg.): Reform des deutschen internationalen Privatrechts. 1980. *Band 2*.
- Dornblüth, Susanne*: Die europäische Regelung der Anerkennung und Vollstreckbarerklärung von Ehe- und Kindschaftsentscheidungen. 2003. *Band 107*.
- Drapatz, Thomas*: Die Überführung des internationalen Zivilverfahrensrechts in eine Gemeinschaftskompetenz nach Art. 65 EGV. 2002. *Band 95*.
- Drobnig, Ulrich*: siehe *Dopffel, Peter*.

- Eichholz, Stephanie*: Die US-amerikanische Class Action und ihre deutschen Funktionsäquivalente. 2002. *Band 90*.
- Eisele, Ursula S.*: Holdinggesellschaften in Japan. 2004. *Band 121*.
- Eisenhauer, Martin*: Moderne Entwicklungen im englischen Grundstücksrecht. 1997. *Band 59*.
- Eschbach, Sigrid*: Die nichteheliche Kindschaft im IPR – Geltendes Recht und Reform. 1997. *Band 56*.
- Faust, Florian*: Die Vorhersehbarkeit des Schadens gemäß Art. 74 Satz 2 UN-Kaufrecht (CISG). 1996. *Band 50*.
- Fenge, Anja*: Selbstbestimmung im Alter. 2002. *Band 88*.
- Fetsch, Johannes*: Eingriffsnormen und EG-Vertrag. 2002. *Band 91*.
- Fischer-Zernin, Cornelius*: Der Rechtsangleichungserfolg der Ersten gesellschaftsrechtlichen Richtlinie der EWG. 1986. *Band 15*.
- Förster, Christian*: Die Dimension des Unternehmens. 2003. *Band 101*.
- Forkert, Meinhard*: Eingetragene Lebenspartnerschaften im deutschen IPR: Art. 17b EGBGB. 2003. *Band 118*.
- Freitag, Robert*: Der Einfluß des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Internationale Produkthaftungsrecht. 2000. *Band 83*.
- Fricke, Martin*: Die autonome Anerkennungszuständigkeitsregel im deutschen Recht des 19. Jahrhunderts. 1993. *Band 32*.
- Fricke, Verena*: Der Unterlassungsanspruch gegen Presseunternehmen zum Schutze des Persönlichkeitsrechts im internationalen Privatrecht. 2003. *Band 110*.
- Frösche, Tobias*: Die Entwicklung der gesetzlichen Rechte des überlebenden Ehegatten. 1996. *Band 49*.
- Fromholzer, Ferdinand*: Consideration. 1997. *Band 57*.
- Ganssaugue, Niklas*: Internationale Zuständigkeit und anwendbares Recht bei Verbraucherverträgen im Internet. 2004. *Band 126*.
- Godl, Gabriele*: Notarhaftung im Vergleich. *Band 85*.
- Gottwald, Walther*: Streitbeilegung ohne Urteil. 1981. *Band 5*.
- Graf, Ulrike*: Die Anerkennung ausländischer Insolvenzscheidungen. 2003. *Band 113*.
- Grigera Naón, Horacio A.*: Choice of Law Problems in International Commercial Arbitration. 1992. *Band 28*.
- Grolimund, Pascal*: Drittstaatenproblematik des europäischen Zivilverfahrensrechts. 2000. *Band 80*.
- Hahn, H. u. a.*: Die Wertsicherung der Young-Anleihe. Hrsg. von Peter Behrens. 1984. *Band 10*.
- Hartenstein, Olaf*: Die Privatautonomie im Internationalen Privatrecht als Störung des europäischen Entscheidungseinklangs. 2000. *Band 81*.
- Hein, Jan von*: Das Günstigkeitsprinzip im Internationalen Deliktsrecht. 1999. *Band 69*.
- Hellmich, Stefanie*: Kreditsicherungsrechte in der spanischen Mehrrechtsordnung. 2000. *Band 84*.
- Hellwege, Phillip*: Die Rückabwicklung gegenseitiger Verträge als einheitliches Problem. 2004. *Band 130*.
- Hinden, Michael von*: Persönlichkeitsverletzungen im Internet. 1999. *Band 74*.
- Hippel, Thomas von*: Der Ombudsmann im Bank- und Versicherungswesen. 2000. *Band 78*.
- Janssen, Helmut*: Die Übertragung von Rechtsvorstellungen auf fremde Kulturen am Beispiel des englischen Kolonialrechts. 2000. *Band 79*.

- Jung, Holger*: Ägyptisches internationales Vertragsrecht. 1999. *Band 77*.
- Junge, Ulf*: Staatshaftung in Argentinien. 2002. *Band 100*.
- Kadner, Daniel*: Das internationale Privatrecht von Ecuador. 1999. *Band 76*.
- Kannengießler, Matthias N.*: Die Aufrechnung im internationalen Privat- und Verfahrensrecht. 1998. *Band 63*.
- Kapnopoulou, Elissavet N.*: Das Recht der mißbräuchlichen Klauseln in der Europäischen Union. 1997. *Band 53*.
- Karl, Anna-Maria*: Die Anerkennung von Entscheidungen in Spanien. 1993. *Band 33*.
- Karl, Matthias*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Kern, Christoph*: Die Sicherheit gedeckter Wertpapiere. 2004. *Band 135*.
- Kircher, Wolfgang*: Die Voraussetzungen der Sachmängelhaftung beim Warenkauf. 1998. *Band 65*.
- Klauer, Stefan*: Das europäische Kollisionsrecht der Verbraucherverträge zwischen Römer EVÜ und EG-Richtlinien. 2002. *Band 99*.
- Kleinschmidt, Jens*: Der Verzicht im Schuldrecht. 2004. *Band 117*.
- Kliesow, Olaf*: Aktionärsrechte und Aktionärsklagen in Japan. 2001. *Band 87*.
- Köhler, Martin*: Die Haftung nach UN-Kaufrecht im Spannungsverhältnis zwischen Vertrag und Delikt. 2003. *Band 111*.
- Koerner, Dörthe*: Fakultatives Kollisionsrecht in Frankreich und Deutschland. 1995. *Band 44*.
- Kopp, Beate*: Probleme der Nachlaßabwicklung bei kollisionsrechtlicher Nachlaßspaltung. 1997. *Band 55*.
- Kronke, Herbert*: Rechtsstatsachen, kollisionsrechtliche Methodenentfaltung und Arbeitnehmerschutz im internationalen Arbeitsrecht. 1980. *Band 1*.
- Landfermann, Hans-Georg*: Gesetzliche Sicherungen des vorleistenden Verkäufers. 1987. *Band 18*.
- Leicht, Steffen*: Die Qualifikation der Haftung von Angehörigen rechts- und wirtschaftsberatender Berufe im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr. 2002. *Band 82*.
- Linhart, Karin*: Internationales Einheitsrecht und einheitliche Auslegung. 2005. *Band 147*.
- Linker, Anja Celina*: Zur Neubestimmung der Ordnungsaufgaben im Erbrecht in rechtsvergleichender Sicht. 1999. *Band 75*.
- Lohmann, Arnd*: Parteiautonomie und UN-Kaufrecht. 2004. *Band 119*.
- Lorenz, Verena*: Annexverfahren bei Internationalen Insolvenzen. 2005. *Band 140*.
- Lüke, Stephan*: Punitive Damages in der Schiedsgerichtsbarkeit. 2003. *Band 105*.
- Meier, Sonja*: Irrtum und Zweckverfehlung. 1999. *Band 68*.
- Melin, Patrick*: Gesetzesauslegung in den USA und in Deutschland. 2004. *Band 137*.
- Minuth, Klaus*: Besitzfunktionen beim gutgläubigen Mobiliarerwerb im deutschen und französischen Recht. 1990. *Band 24*.
- Mistelis, Loukas A.*: Charakterisierungen und Qualifikation im internationalen Privatrecht. 1999. *Band 73*.
- Mörsdorf-Schulte, Juliana*: Funktion und Dogmatik US-amerikanischer punitive damages. 1999. *Band 67*.
- Morawitz, Gabriele*: Das internationale Wechselrecht. 1991. *Band 27*.
- Müller, Achim*: Grenzüberschreitende Beweisaufnahme im Europäischen Justizraum. 2004. *Band 125*.
- Nemec, Jiri*: Ausländische Direktinvestitionen in der Tschechischen Republik. 1997. *Band 54*.
- Neumann, Nils*: Bedenkzeit vor und nach Vertragsabschluß. 2005. *Band 142*.

- Neunhoeffer, Friederike*: Das Presseprivileg im Datenschutzrecht. 2005. *Band 146*.
- Niklas, Isabella Maria*: Die europäische Zuständigkeitsordnung in Ehe- und Kindschaftsverfahren. 2003. *Band 106*.
- Patulloch, Thomas*: Das IPR des geistigen Eigentums in der VR China. 2003. *Band 103*.
- Peinze, Alexander*: Internationales Urheberrecht in Deutschland und England. 2002. *Band 92*.
- Pfeil-Kammerer, Christa*: Deutsch-amerikanischer Rechtshilfeverkehr in Zivilsachen. 1987. *Band 17*.
- Plett, K. und K.A. Ziegert* (Hrsg.): Empirische Rechtsforschung zwischen Wissenschaft und Politik. 1984. *Band 11*.
- Pißler, Knut B.*: Chinesisches Kapitalmarktrecht. 2004. *Band 127*.
- Reichert-Facilides, Daniel*: Fakultatives und zwingendes Kollisionsrecht. 1995. *Band 46*.
- Reiter, Christian*: Vertrag und Geschäftsgrundlage im deutschen und italienischen Recht. 2002. *Band 89*.
- Richter, Stefan*: siehe *Veelken, Winfried*.
- Rohe, Mathias*: Zu den Geltungsgründen des Deliktsstatus. 1994. *Band 43*.
- Rothoefl, Daniel D.*: Rückstellungen nach § 249 HGB und ihre Entsprechungen in den US-GAAP und IAS. 2004. *Band 122*.
- Rühl, Giesela*: Obliegenheiten im Versicherungsvertragsrecht. 2004. *Band 123*.
- Rusch, Konrad*: Gewinnhaftung bei Verletzung von Treupflichten. 2003. *Band 109*.
- Sachsen Gessaphe, Karl August Prinz von*: Das Konkubinat in den mexikanischen Zivilrechtsordnungen. 1990. *Band 22*.
- Sandrock, Andrea*: Vertragswidrigkeit der Sachleistung. 2003. *Band 104*.
- Schärfl, Christoph*: Das Spiegelbildprinzip im Rechtsverkehr mit ausländischen Staatenverbindungen. 2005. *Band 145*.
- Schepke, Jan*: Das Erfolgshonorar des Rechtsanwalts. 1998. *Band 62*.
- Scherpe, Jens M.*: Außergerichtliche Streitbeilegung in Verbrauchersachen. 2002. *Band 96*.
- Schilf, Sven*: Allgemeine Vertragsgrundregeln als Vertragsstatut. 2005. *Band 138*.
- Schimansky, Annika*: Der Franchisevertrag nach deutschem und niederländischem Recht. 2003. *Band 112*.
- Schmidt, Claudia*: Der Haftungsdurchgriff und seine Umkehrung im internationalen Privatrecht. 1993. *Band 31*.
- Schmidt-Parzefall, Thomas*: Die Auslegung des Parallelübereinkommens von Lugano. 1995. *Band 47*.
- Schnyder, Anton K.*: Internationale Versicherungsaufsicht zwischen Wirtschaftsrecht und Kollisionsrecht. 1989. *Band 20*.
- Scholz, Ingo*: Das Problem der autonomen Auslegung des EuGVÜ. 1998. *Band 61*.
- Seibt, Christoph H.*: Zivilrechtlicher Ausgleich ökologischer Schäden. 1994. *Band 42*.
- Seif, Ulrike*: Der Bestandsschutz besitzloser Mobiliarsicherheiten. 1997. *Band 52*.
- Steghörtner, Robert*: Internationales Straßenverkehrsunfallrecht. 2002. *Band 93*.
- Stehr, Kurt*: siehe *Dopffel, Peter*.
- Solomon, Dennis*: Der Bereicherungsausgleich in Anweisungsfällen. 2004. *Band 124*.
- Sonnentag, Michael*: Der Renvoi im Internationalen Privatrecht. 2001. *Band 86*.
- Spahlinger, Andreas*: Sekundäre Insolvenzverfahren bei grenzüberschreitenden Insolvenzen. 1998. *Band 64*.

- Stegmann, Oliver:* Tatsachenbehauptung und Werturteil in der deutschen und französischen Presse. 2004. *Band 120.*
- Stiller, Dietrich F.R.:* Das internationale Zivilprozeßrecht der Republik Korea. 1989. *Band 19.*
- Takahashi, Eiji:* Konzern und Unternehmensgruppe in Japan – Regelung nach deutschem Modell? 1994. *Band 38.*
- Tassikas, Apostolos:* Dispositives Recht und Rechtswahlfreiheit als Ausnahmebereiche der EG-Grundfreiheiten. 2004. *Band 114.*
- Thiele, Christian:* Die zivilrechtliche Haftung der Tabakindustrie. 2003. *Band 115.*
- Thoms, Cordula:* Einzelstatut bricht Gesamtstatut. 1996. *Band 51.*
- Tedemann, Andrea:* Internationales Erbrecht in Deutschland und Lateinamerika. 1993. *Band 34.*
- Tiedemann, Stefan:* Die Haftung aus Vermögensübernahme im internationalen Recht. 1995. *Band 45.*
- Trulsen, Marion:* Pflichtteilsrecht und englische family provision im Vergleich. 2004. *Band 129.*
- Veelken, Winfried, Matthias Karl, Stefan Richter:* Die Europäische Fusionskontrolle. 1992. *Band 30.*
- Verse, Dirk A.:* Verwendungen im Eigentümer-Besitzer-Verhältnis. 1999. *Band 72.*
- Waehler, Jan P. (Hrsg.):* Deutsch-polnisches Kolloquium über Wirtschaftsrecht und das Recht des Persönlichkeitsschutzes. 1985. *Band 12.*
- (Hrsg.): Deutsches und sowjetisches Wirtschaftsrecht. Band 1. 1981. *Band 4.*
- Band 2. 1983. *Band 9.*
- Band 3. 1990. *Band 25.*
- Band 4. 1990. *Band 26.*
- Band 5. 1991. *Band 28.*
- Wang, Xiaoye:* Monopole und Wettbewerb in der chinesischen Wirtschaft. 1993. *Band 35.*
- Weishaupt, Axel:* Die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten im brasilianischen Sach- und Kollisionsrecht. 1981. *Band 3.*
- Wesch, Susanne:* Die Produzentenhaftung im internationalen Rechtsvergleich. 1994. *Band 39.*
- Weyde, Daniel:* Anerkennung und Vollstreckung deutscher Entscheidungen in Polen. 1997. *Band 58.*
- Witzleb, Normann:* Geldansprüche bei Persönlichkeitsverletzungen durch Medien. 2002. *Band 94.*
- Wu, Jiin Yu:* Der Einfluß des Herstellers auf die Verbraucherpreise nach deutschem und taiwanesischem Recht. 1999. *Band 71.*
- Wurmnest, Wolfgang:* Grundzüge eines europäischen Haftungsrechts. 2003. *Band 102.*
- : siehe *Basedow, J.*
- Zeeck, Sebastian:* Das Internationale Anfechtungsrecht in der Insolvenz. 2003. *Band 108.*
- Ziegert, K.A.:* siehe *Plett, K.*